

Bundestagswahl am 2. Dezember

Eine Schicksalswahl für Deutschland

Anlässlich der Vorstellung des Wahlprogramms und des Wahlkampfkonzepts der CDU erklärte Generalsekretär Volker Rühle im Konrad-Adenauer-Haus:

In der nächsten Legislaturperiode ist es die große Aufgabe der deutschen Politik, die durch den Sozialismus verursachten Schäden zu beseitigen und Sicherheit und Wohlstand in ganz Deutschland zu verwirklichen.

Die Wahl am 2. Dezember ist eine Schicksalswahl für Deutschland. Sie hat die gleiche Bedeutung wie die erste Wahl in der Bundesrepublik Deutschland 1949: Es werden Weichen für Jahrzehnte gestellt. Mit unserem Wahlprogramm bitten wir die Wähler zu prüfen, welche politische Kraft in Deutschland sich in schwierigen Zeiten bewährt und die richtigen Entscheidungen getroffen hat. Die CDU geht mit einem klaren Konzept und einem verlässlichen Kanzler in den Wahlkampf.

Wir unterschätzen die Belastungen nicht, die auf uns zukommen. Wir lamentieren aber auch nicht über die Schwierigkeiten. Wir werden die Chancen der Einheit, die Chancen für Frieden und Abrüstung, für mehr Umweltschutz, für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze nutzen.

Zur Finanzierung des Neuaufbaus in den neuen Bundesländern wollen wir die Steuereinnahmen

(Fortsetzung auf Seite 2)

HEUTE AKTUELL

- **Konjunktur**
Herbstgutachten bestätigt die robuste Gesundheit unserer Wirtschaft. Seite 5
- **Sozialdemokraten**
Die SPD muß die Verantwortung auch für die dunklen Seiten ihrer Geschichte noch übernehmen. Seite 8
- **Öffentlichkeitsarbeit**
Für den Bundestags-Wahlkampf '90: Für Ihren Informationsstand / Für Ihre Veranstaltungen / Aufkleber. Seite 21
- **CDU-extra**
Gemeinsam schaffen wir's.
Musterrede zur Bundestagswahl.
Minuspunkte der SPD.
Warum es mit der SPD nicht geht. Blauer Teil

Ja zu Deutschland – Ja zur Zukunft

Wahlprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990.

Grüner Teil.

Helmut Kohl ist zuversichtlich für Wolfgang Schäuble

Bundeskanzler Helmut Kohl hat zu Beginn der Sitzung des Kabinetts am 18. Oktober ausführlich über seine Klinikbesuche bei Wolfgang Schäuble berichtet.

Das schreckliche Attentat habe breite internationale Anteilnahme hervorgerufen, stellte der Bundeskanzler fest. Und durch unser ganzes Land gehe eine tiefe Bewegung, wie sie nur mit den Reaktionen während der dramatischen Tage der Entführung der Luft-hansa-Maschine nach Mogadischu vergleichbar sei.

Der Bundeskanzler nannte den Einsatz, mit dem sich Ärzte und Klinik-

personal um Schäuble bemühten, beispielhaft. Besonders würdigte er die aufopferungsvolle Haltung von Frau Schäuble.

Als „bestürzenden Vorgang“ dagegen bezeichnete er die von einigen Einzelpersonen erhobene öffentliche Kritik an der medizinischen Betreuung des verletzten Bundesinnenministers.

Nach Auskunft der behandelnden Ärzte würden gültige Diagnosen erst in einigen Tagen oder Wochen möglich sein. Unter dem Eindruck seines letzten Besuchs meinte der Bundeskanzler: „Wenn Mut und innere Kraft etwas wenden können, bin ich zuversichtlich für Wolfgang Schäuble.“

CDU/CSU-Fraktion übermittelt Schäuble Genesungswünsche

Unter Beifall der Fraktion hat der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger dem durch ein Attentat schwer verletzten Bundes-Innenminister Wolfgang Schäuble gute Wünsche zur Genesung ausgesprochen.

Dregger bat den in der Fraktionssitzung anwesenden Bundeskanzler, bei seinem nächsten Besuch am Krankenbett dem Minister „die herzlichsten Grüße und besten Genesungswünsche“ der Fraktion zu übermitteln.

(Fortsetzung von Seite 1)

vor allem durch mehr Investitionen und mehr wettbewerbsfähige Arbeitsplätze verbessern. Weitere Einnahmen wollen wir durch massive Einsparungen und Umschichtungen im Bundeshaushalt und eine vorübergehende Neuverschuldung erzielen. Darüber hinaus ergeben sich zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten durch die Privatisierung von Unternehmen in öffentlicher Hand.

Als einen Schwerpunkt unseres Programms für die nächsten vier Jahre wollen wir vor allem die Leistungen für die Familien verbessern.

Wir wollen das Kindergeld erhöhen

Wir wollen das Kindergeld — insbesondere für das erste Kind —, den Kinderfreibetrag und den Kindergeldzuschlag

erhöhen. Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub wollen wir auf drei Jahre ausdehnen. Wir streben dabei an, daß der Bund die ersten zwei Jahre und die Länder das dritte Jahr finanzieren. Notwendig ist auch eine steuerliche Entlastung von Arbeitnehmern mit geringem Einkommen sowie von Unternehmen.

Zeitpunkt und Umfang neuer kostenwirksamer Maßnahmen ergeben sich aus den Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung in ganz Deutschland.

Solidarität bedeutet für uns nicht, den Bürgern Geld wegzunehmen, um es dem Staat zu geben. Solidarität bedeutet für uns vielmehr, die Lebensverhältnisse in Deutschland anzugleichen und zu sichern. Das heißt konkret:

- **Im Bereich des Umweltschutzes bietet uns die Wiedervereinigung die Möglichkeit, wesentlich effizienter zu arbeiten als bisher. Was z. B. an Verschmutzung der Oberelbe vermieden wird, entlastet auch die Unterelbe und die Nordsee. Der Umweltschutz in der ehemaligen Bundesrepublik hat einen ausgezeichneten Standard. Jetzt geht es vorrangig um die ökologische Sanierung in den neuen Bundesländern.**
- **In den neuen Bundesländern werden bis 1997 in den Ausbau der Telekommunikation ca. 55 Milliarden DM investiert werden. Dies ermöglicht den Ausbau des Telefonnetzes von ca. 1,8 Millionen auf über 7 Millionen Telefonanschlüsse.**

Die Regierung Helmut Kohl hat in den letzten acht Jahren einen beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung geschaffen. Sie hat die Grundlage dafür gelegt, daß es den Deutschen im Westen so gut geht

wie nie zuvor. Daher sind wir heute auch wie nie zuvor in der Lage, unseren Wohlstandszuwachs solidarisch zu teilen. Das liegt auch in unserem eigenen Interesse, denn es geht letztlich um Investitionen, die den Menschen in ganz Deutschland zugute kommen.

Vorrang für die kostengünstige Wohnungsversorgung

Eine der vorrangigsten Aufgaben ist für uns die kostengünstige Wohnungsversorgung. Wir streben an, innerhalb der nächsten vier Jahre zwei Millionen neue Wohnungen in ganz Deutschland zu schaffen. Wir wollen gezielt das Wohnungsangebot

| |
|--|
| <p>Gemeinsam schaffen wir's</p> <p>Musterrede zur Bundestagswahl als CDU EXTRA im grünen Teil dieser Ausgabe.</p> |
|--|

für einkommensschwache Haushalte ausweiten und das Wohngeld regelmäßig an die Mietentwicklung anpassen. Um Mieter vor überhöhten Mieten stärker zu schützen, ist das Miethöherecht erneut zu überprüfen. Rahmenbedingung bleibt jedoch, private Investoren nicht abzuschrecken.

Wir bekennen uns grundsätzlich zum Recht auf Asyl. Um Mißbrauch zu vermeiden, wollen wir das Grundgesetz in dieser Frage durch einen Gesetzesvorbehalt ergänzen. Asylbewerber aus Ländern, in denen es keine politische Verfolgung gibt, sollen bereits an den Grenzen abgewiesen werden können. Wir werden uns verstärkt darum bemühen, die Lage vor allem der Menschen in den Ländern Ost- und Südost-Europas so zu verbessern, daß sie in ihrer Heimat frei von Furcht und Not leben können.

Mit der Wiedervereinigung verändert sich Deutschlands Stellung in der Welt. Wir

wollen die Vereinigung Deutschlands als Katalysator für die Vereinigung Europas nutzen. Mit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes wollen wir die Grundlage legen für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sowie für die Politische Union. Eine künftige gemeinsame Währung in Europa muß ebenso stabil sein wie unsere D-Mark. Darüber hinaus sehen wir es als eine vorrangige Aufgabe aller EG-Mitgliedstaaten an, das Wohlstandsgefälle in Europa abzubauen.

Wir sind darüber hinaus der Auffassung, daß das vereinte und souveräne Deutschland seiner gewachsenen politischen Verantwortung für die Sicherung des Friedens gerecht werden muß. Dafür wollen wir bald klare verfassungsrechtliche Voraussetzungen schaffen.

In den nächsten vier Jahren sind schwierige Aufgaben zu lösen, es bieten sich uns aber auch großartige Chancen. Die CDU hat 1949 ebenso wie seit 1982 bewiesen, daß sie eine Partei für schwierige Zeiten ist, die die richtigen Entscheidungen trifft und geradlinig und konsequent durchsetzt. In diesem Sinne werben wir um das Vertrauen der Wähler. ■

Kommentar

Oskar und die Rückfahrkarte

Kanzler ja, Oppositionsführer nein. Oskar Lafontaine hat sechs Wochen vor der Bundestagswahl bekräftigt, daß er auf die Rückfahrkarte ins Saarland nicht verzichtet.

Er mag honorige Vorbilder anführen: Blüm in Nordrhein-Westfalen, Süssmuth in Niedersachsen, Fuchs in Sachsen, Farthmann in Thüringen. Oder Rau bei der letzten Bundestagswahl. Aber sie alle bekamen die Quittung vom Wähler.

Helmut Kohl war unangefochtener Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz (wie Lafontaine heute im Saarland), als er 1976 seine Kanzlerkandidatur antrat. Ohne Rückfahrkarte. Er setzte sich auf die harte Oppositionsbank. Doch nach sechs Jahren war er Kanzler.

Der Wähler hat ein feines Gespür dafür, wie ernst es jemand meint, der seine Stimme haben will. Lafontaine tut gut daran, noch einmal nachzudenken. Der Weg zur Macht führt über Bonn, nicht über Saarbrücken.

Bild

Lafontaine resigniert schon jetzt

Die Ankündigung Oskar Lafontaines, im Falle einer Wahlniederlage der SPD nicht Oppositionsführer in Bonn werden zu wollen, ist Ausdruck der inneren Resignation des SPD-Kanzlerkandidaten. Lafontaine scheint zu begreifen, daß er nicht die geeignete Persönlichkeit

ist, die politische Führung der SPD an exponierter Stelle übernehmen zu können, zumal ihm nicht die Gefolgschaft der gesamten Partei sicher ist. Mit dieser Äußerung hat sich Oskar Lafontaine aus der bundespolitischen Verantwortung entlassen.

Herbstgutachten bestätigt die robuste Gesundheit unserer Wirtschaft

Westdeutsche Wirtschaft läuft auf vollen Touren

Das Gutachten der Forschungsinstitute bestätigt eindrucksvoll: Die Wirtschaft im Gebiet der bisherigen Bundesrepublik läuft auf vollen Touren: „In Westdeutschland hat sich die konjunkturelle Expansion in unvermindertem Tempo fortgesetzt. Die Auslastung der Produktionskapazitäten, die schon ein sehr hohes Niveau erreicht hatte, nahm weiter zu. Die Zahl der Beschäftigten ist beträchtlich gestiegen und die der Arbeitslosen ist spürbar zurückgegangen, obwohl sich das Arbeitskräfteangebot infolge des Zustroms von Übersiedlern und Aussiedlern erheblich ausgeweitet hat.“

Ostdeutsche Wirtschaft in der Umstellungskrise

Deutlich schlechter ist die wirtschaftliche Situation in den neuen Bundesländern. Die Produktion ist „dramatisch zurückgegangen“. Die Wirtschaftsforscher betonen aber, daß die derzeitigen Probleme nicht der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft zuzuschreiben sind, sondern „Folge der fundamentalen Mängel des bisherigen Systems“ sind.

1991: In Westdeutschland weiter aufwärts

„In Westdeutschland wird sich die kräftige Aufwärtsentwicklung von Produktion und Nachfrage auch 1991 fortsetzen.“ Auch die Nachfrage nach Ausrü-

stungsinvestitionen bleibt weiterhin aufwärts gerichtet. Sie wird im wesentlichen durch die unverändert hohe Kapazitätsauslastung, die günstigen Ertragsperspektiven und besonders durch die sich bietenden neuen Marktchancen in Ostdeutschland gefördert. Das Tempo der wirtschaftlichen Aufwärtsbewegung wird allerdings durch das schwächere Weltwirtschaftswachstum etwas gedämpft.

Die Beschäftigung steigt weiter an: Etwa 500.000 neue Arbeitsplätze werden entstehen. Trotzdem wird nach Ansicht der Wirtschaftsexperten die Arbeitslosigkeit nicht zurückgehen, da im kommenden Jahr eine große Zahl von Aussiedlern nach dem Abschluß von sprachlichen und fachlichen Ausbildungen auf den Arbeitsmarkt drängen wird. Zudem werden verstärkt Pendler aus Ostdeutschland in den westdeutschen Arbeitsmarkt integriert.

In Ostdeutschland Talsohle Mitte 1991 durchschritten

In der ostdeutschen Wirtschaft ist der Tiefpunkt der Umstellungskrise noch nicht erreicht: Der Absatz heimischer Produkte wird zunächst weiter zurückgehen, die Arbeitslosenzahlen werden noch steigen.

Alles in allem gehen die Forschungsinstitute aber davon aus, daß ab Mitte nächsten Jahres eine Aufwärtsentwicklung sichtbar werden wird.

Eine gesamtdeutsche Bilanz

Das Gutachten schätzt für 1991 ein Wirtschaftswachstum von 1,5 Prozent (Westdeutschland 2,5 Prozent), eine Arbeitslo-

senquote von 9,5 Prozent (Westdeutschland 7 Prozent), die Zahl der Arbeitslosen auf 3,4 Millionen (Westdeutschland 2 Millionen), die Zahl der Kurzarbeiter auf 1,8 Millionen (Westdeutschland 80.000).

Keine Steuererhöhungen notwendig

Die Gutachter sprechen sich klar gegen Steuererhöhungen aus, weil diese entweder Leistungsanreize mindern würden oder eine Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen könnten. Sie plädieren für die Ausnutzung aller möglichen Einsparpotentiale.

Wirtschaftsdynamik unterschätzt

Nach Auffassung der Bundesregierung unterschätzen die Institute die Chancen, die sich jetzt für die neuen Bundesländer auftun. Allein mit dem nun wirksamen umfangreichen Paket von staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wird bis Ende 1991 ein Investitionsvolumen von rund 60 Milliarden DM in der ehemaligen DDR angestoßen.

Die weitere Wirtschaftsentwicklung in den alten Bundesländern beurteilt die Bundesregierung zuversichtlicher als die Institute, die auch in den vergangenen Jahren regelmäßig im Herbst die Dynamik des Wachstumsprozesses für die kommenden 15 Monate deutlich unterschätzt haben. In diesem Zusammenhang ist z. B. darauf hinzuweisen, daß die Investitionspläne der Unternehmen für 1990 nachträglich erheblich nach oben revidiert worden sind, wobei Kapazitätserweiterungen im Vordergrund stehen.

Die Preiserwartungen der Institute hält die Bundesregierung für zu pessimistisch, zumal auch die Institute von rückläufigen Ölpreisen im nächsten Jahr ausgehen und

die Entwicklung des Wechselkurses der D-Mark preisdämpfend wirkt.

Diese Einschätzung unterstützt auch die neueste Umfrage der Mietfinanz. Sie hat ergeben, daß die Investebereitschaft deutscher Unternehmer sehr hoch ist. In Erwartung noch lebhafterer Geschäfte wollen fast alle Branchen ihre Investitionen kräftig erhöhen. Im Durchschnitt aller dreizehn Branchen, die die Mietfinanz für ihr Herbstgutachten befragte, ist ein Wachstum der Investitionen um 9,3 Prozent geplant. Die wesentlichen Branchen aber wollen ihre Investitionen um zweistellige Prozentsätze aufstocken.

Forschungsinstitute stützen finanzpolitische Linie von CDU/CSU

Zum Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundtagsfraktion, Michael Glos:

Das jüngste Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute bestätigt nachhaltig die steuerpolitische Linie von CDU/CSU, nämlich daß zur Finanzierung des Zusammenwachsens Deutschlands Steuererhöhungen der falsche Weg sind.

Eine Verschärfung des steuerlichen Belastungszugriffes birgt nicht nur die Gefahr einer Preis-Lohn-Spirale, sondern hätte auch nachhaltig negative Einflüsse auf die Investitionsbereitschaft und damit auf das Wirtschaftswachstum. Steuererhöhungen würden den Motor für ein zweites Wirtschaftswunder — die private Investitionstätigkeit — abwürgen bzw. sein Anspringen verhindern.

Zu begrüßen ist die Klarstellung der Forschungsinstitute, daß es sich bei den erforderlichen Aufwendungen zum Aufbau der neuen Bundesländer überwiegend nicht um Kosten, sondern um investive Ausgaben handelt, die längerfristig

An alle im Ausland lebenden Deutschen

Aufruf zur Wahl

Die Bundesregierung ruft alle im Ausland lebenden wahlberechtigten Deutschen auf, sich an der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember dieses Jahres zu beteiligen.

Die Bundesregierung macht darauf aufmerksam, daß es wegen der mitunter langen Postwege dringend erforderlich ist, die für die Wahlbeteiligung der Auslandsdeutschen notwendigen Formulare schnell anzufordern.

Vordrucke für die Anträge auf Eintragung in die Wählerverzeichnisse sind bei den deutschen Botschaften und Konsulaten oder beim Bundeswahlleiter in Wiesbaden erhältlich. Diese Anträge müssen spätestens am 21. Tag vor den Wahlen, also am 11. Novem-

ber 1990, bei der Gemeinde, in der ein Wahlberechtigter vor seiner Ausreise zuletzt gemeldet war, eingegangen sein. Nach dieser Eintragung in die Verzeichnisse erhalten die Wahlberechtigten die für die Briefwahl notwendigen Unterlagen.

Das Bundespresseamt hat über die Einzelheiten der Wahlbeteiligung von Auslandsdeutschen weltweit eine Informationsschrift verteilt, die seit Ende September in allen Auslandsvertretungen ausliegt und von dort auch weiterverschickt wird. International tätige Unternehmen, die Kirchen, der Entwicklungsdienst, zahlreiche andere Organisationen und die deutschsprachigen Zeitungen im Ausland wurden ebenfalls mit Material versorgt. Auch der Deutschlandfunk und die Deutsche Welle werden in ihren deutschsprachigen Programmen auf das Wahlrecht für Auslandsdeutsche hinweisen.

Die hohen Rückläufe des Bestellcoupons an den Bundeswahlleiter zeigen, daß die Aktion sehr erfolgreich ist. Es zeichnet sich ab, daß die Wahlbeteiligung aus dem Ausland erheblich höher sein wird als zur Bundestagswahl 1987 und zur Europawahl 1989.

Positive Wirkungen über den Tag hinaus haben.

Auch und gerade unter diesem Blickwinkel ist deshalb eine vorübergehende Kreditfinanzierung des Investitionsprojektes „Deutsche Einheit“ moralisch und wirtschaftlich vertretbar. Anders als bei einer Steuererhöhung würden dabei auch künftige Generationen, denen ja die Erträge der deutschen Einheit mit zugute kommen, ihren Finanzierungsbeitrag leisten.

Der sinnvollste Weg zur Bewältigung der Jahrhundertaufgabe „Deutsche Einheit“ und für das Anspringen des Investitionsmotors im andern Teil Deutschlands ist deshalb eine finanzpolitische Doppelstrategie, nämlich einerseits die staatliche Kreditaufnahme zur Abstützung des Einigungsprozesses vorübergehend zu erhöhen, andererseits die unabweisbaren Mehrausgaben für die deutsche Einheit mit Ausgabeneinsparungen zu verbinden.

Die SPD muß die Verantwortung auch für die dunklen Seiten ihrer Geschichte noch übernehmen

Zu den von der SPD wiederholt vorgebrachten Vorwürfen gegen die von der SED zwangsverblockte ehemalige Ost-CDU erklärte der 1. Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Bohl:

Angesichts miserabler Umfrage- und Wahlergebnisse will die SPD jetzt offensichtlich holzen. Mangels Alternativen zur erfolgreichen Regierungspolitik Helmut Kohls setzt sie dabei auf Wirklichkeitsverdrehung und eine großangelegte Verdrängung der eigenen Geschichte. Die CDU soll zum Hauptverantwortlichen der SED-Diktatur gemacht werden.

Angesichts dieser infamen Kampagne ist festzuhalten:

1

Die Lüge von der pauschalen „Zwangsvereinigung“ der SPD mit der KPD zur SED ist längst widerlegt.

Es waren Minderheiten in der Ost-SPD, die der Parteivereinigung entgegenstanden. Nur sie wurden „zwangsvereinigt“, und zwar nicht nur von der sowjetischen Besatzungsmacht, sondern auch von den vielen, vereinigungssüchtigen SPD-Partei-funktionären.

Anke Fuchs selbst bestätigt in der jüngsten Ausgabe des „Vorwärts“, daß der damalige Ost-SPD-Vorsit-

zende Otto Grotewohl die Vereinigung offensiv betrieben habe: Kurt Schumacher habe die Vereinigung abgelehnt, „die ihm damals Pieck und Grotewohl einreden wollten.“

2

Nicht die CDU oder eine der anderen zwangsverblockten Parteien war der Steigbügelhalter für die Machtergreifung der Kommunisten, sondern die SPD.

Wieso nennen Vogel und Lafontaine bei ihren Betrachtungen zur SPD-Geschichte immer nur Kurt Schumacher, Carlo Schmid, Ernst Reuter und Herbert Wehner? Wieso verschweigen sie den ersten Ministerpräsidenten der DDR, den vorherigen Ost-SPD-Vorsitzenden Otto Grotewohl? Wieso verschweigen sie den ersten DDR-Justizminister und ebenfalls vorherigen Ost-SPD-Vorsitzenden, Max Fechner? Wieso verschweigen sie den sächsischen Landesvorsitzenden Carl Moltmann, die ebenfalls massiv für die Vereinigung eintraten? Sie verschweigen diese Funktionäre, weil sie diese dunkle Seite der Vergangenheit der SPD verdrängen wollen.

3

Die SPD versucht, die Opfer von damals zu Tätern zu machen.

Oder weiß die SPD etwa nicht, daß der erste CDU-Vorsitzende in der sowjetischen Besatzungszone, Andreas Hermes, lange einem perfiden Druck der sowjetischen Besatzungsmacht auf seine Familie standhielt, bevor er zwangsweise abgesetzt wurde? Weiß die SPD etwa nicht, daß der nächste Vorsitzende der CDU, Jakob Kaiser, ebenfalls unter Zwang abgesetzt wurde? Ist der SPD unbekannt, daß die CDU — anstatt wie die SPD-Führung 1946 mit der KPD ins Bett zu steigen — bis 1947 standhielt, bevor sie unterworfen wurde? Sie weiß es, aber sie verschweigt es, weil sie nur so ihr damaliges Versagen meint verstecken zu können.

4 Die Nicht-SED-Parteien waren zwangsverblockte Parteien. Sie wurden zwangsverblockt von denen, die noch kurz vorher das SPD-Parteiabzeichen getragen hatten.

Ministerpräsident Otto Grotewohl und Justizminister Max Fechner waren an entscheidender Stelle dafür verantwortlich und aktiv tätig, daß die anderen Parteien in den Würgegriff der SED geführt wurden. Gewiß, Kurt Schumacher und Ernst Reuter hatten genau das vorhergesehen und wollten es nicht. Aber der andere Teil der SPD, der in der SBZ die Führung innehatte, machte sich tief schuldig an den demokratischen, nicht-sozialistischen Parteien.

Wir warten noch darauf, daß die SPD die Verantwortung auch für die

dunklen Seiten ihrer Geschichte übernimmt.

5 Die SPD muß sich außerdem für die Verbrüderung mit dem SED-Regime in den 70er und 80er Jahren entschuldigen.

Es ist und bleibt ein Skandal, daß die West-SPD der SED im August 1987 schriftlich zusicherte:

„Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.“

Nur das Gegenteil war richtig: Unsere Hoffnung mußte sich darauf richten, daß das SED-System abgeschafft würde. Indem die West-SPD der SED diese Garantieerklärung gab, tat sie freiwillig das, wozu die anderen Parteien in der DDR nur unter dem sozialistischen Würgegriff gezwungen wurden: Sie erkannte die SED als führende Partei der DDR an. Damit machte sie sich zu einer Quasi-Blockpartei der SED.

Die gemeinsame Erklärung von SPD und SED/PDS gilt immer noch. Wir verlangen von der SPD, jetzt endlich ihre Garantie-Erklärung für die Stasi-Partei aufzuheben.

(Über die politischen Verstrickungen der SPD in die SED-Diktatur informiert ein Faltblatt, das Sie bei der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dokumentation, Bundeshaus, 5300 Bonn, bestellen können.) ■

Das Grundgesetz so wenig wie möglich ändern

Seit dem 3. Oktober 1990 ist das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland die gesamtdeutsche Verfassung. Durch den Einigungsvertrag wurde in Artikel 146 Grundgesetz der klarstellende Zusatz aufgenommen, daß das Grundgesetz „nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt“.

Damit wurde dem Umstand Rechnung getragen, daß die staatliche Einheit Deutschlands wiederhergestellt und der Einigungsprozeß abgeschlossen ist. Aus diesem Grunde wurde Artikel 23 Grundgesetz ersatzlos gestrichen. Ebenso hätte es nahegelegen, auch Artikel 146 — als den anderen Weg zur deutschen Einheit — aus dem Grundgesetz ersatzlos zu streichen. Dazu war jedoch die notwendige Zweidrittelmehrheit im Bundestag und Bundesrat aus den bekannten Gründen nicht vorhanden.

Verfassung hat sich bestätigt

Manfred Langner, Justitiar der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Deshalb ist es wichtig, folgendes festzuhalten: Aus dem Zusammenspiel zwischen Artikel 146 des Grundgesetzes in seiner Neufassung und Artikel 5 des Einigungsvertrages ergibt sich klar, daß über die Frage einer Volksabstimmung nach Artikel 146 nur von den gesetzgebenden Körperschaften Bundestag und Bundesrat als eine Änderung oder Ergänzung der Verfassung entschieden werden kann, das heißt mit den Mehrheiten nach Artikel 79 Absatz 2 des Grundgesetzes. Einen anderen Weg, zu einer Volksabstimmung nach Artikel 146

des Grundgesetzes zu kommen, gibt es nicht.

Das Grundgesetz hat seit seinem Inkrafttreten bei jeder Wahl die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bundesbürger erfahren. Es ist so gut und so anerkannt, daß sich die Bürger in den neuen fünf Bundesländern mit überwältigender Mehrheit für den Beitritt zum Staat dieses Grundgesetzes entschieden haben. Die erste gesamtdeutsche Wahl am 2. Dezember 1990 wird die Zustimmung des Volkes zum Grundgesetz erneut eindrucksvoll bestätigen.

Das Grundgesetz hat die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bürger. Warum soll der Wähler in einer Volksabstimmung nochmals befragt werden?

Und noch ein Wort zur materiellen Änderung des Grundgesetzes: Da sich das Grundgesetz insgesamt in hervorragender Weise bewährt hat, sollte es so wenig wie möglich geändert werden. Vorstellungen von einer Gesamtrevolution des Grundgesetzes gehören in das Land Utopia. Plebiszitäre Elemente haben in der repräsentativen Demokratie des Grundgesetzes keinen Platz.

Dagegen ist die Aufnahme zweier Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz notwendig: Umweltschutz und — gleichgewichtig — Schutz des ungeborenen Kindes. Allein schon um einer europäischen Harmonisierung des Asylrechts willen ist auch eine längst überfällige Ergänzung des Artikel 16 Absatz 2 Grundgesetz angezeigt. Schließlich sollte im Grundgesetz klargestellt werden, daß sich Bundeswehreinheiten an UN-Aktionen beteiligen dürfen.

Alfred Dregger:

Die Grenze mit Polen muß europäischen Charakter erhalten

Zu dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen (BdV) erklärte der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger:

Das Gespräch hat gezeigt, daß die deutschen Heimatvertriebenen sich auf Helmut Kohl, seine Regierung und die sie tragenden Fraktionen des Deutschen Bundestages verlassen können. Die Heimatvertriebenen werden auch künftig — gemäß ihrer Charta von 1950 — ihre Aufgabe bei der Schaffung einer europäischen Friedensordnung wahrnehmen. Dafür danke ich den Vertriebenen.

Dem Bundeskanzler gebührt Dank und Anerkennung für die Zusage, die spezifischen Kenntnisse und Anliegen der Vertriebenen als Aktivposten bei der Neuge-

staltung unserer Beziehungen zu den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas einzubringen.

Das entspricht der von mir mehrfach öffentlich — zuletzt bei der konstituierenden Sitzung des erweiterten Deutschen Bundestages in Berlin am 4. Oktober 1990 — vorgetragenen Anregung, in die Solidarität aller Deutschen auch diejenigen einzubeziehen, die durch die Grenzregelung mit Polen in besonderer Weise betroffen werden: Die von dort stammenden Heimatvertriebenen und die heutige deutsche Minderheit in Polen.

Zu dieser Solidarität gehört auch, daß in dem künftigen Vertragswerk mit Polen nicht nur der Grenzverlauf beschrieben, sondern auch der Charakter dieser Grenze geregelt wird. Sie muß einen europäischen Charakter erhalten, wie es in Westeuropa erreicht worden ist.

Helmut Kohl empfing Bund der Vertriebenen

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 17. Oktober die Präsidiumsmitglieder des Bundes der Vertriebenen zu einem ausführlichen Gespräch empfangen.

Dabei würdigte der Bundeskanzler erneut die Rolle der Vertriebenen beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland, den in ihrer Charta bereits 1950 ausgesprochenen Verzicht auf Rache und Vergeltung sowie ihr Bekenntnis zu einer umfassenden europäischen Friedensordnung.

Ihre Treue zur alten Heimat und ihr

Bemühen um die Wahrung des deutschen Kulturerbes in Mittel-, Ost- und Südosteuropa müßten nach Auffassung des Bundeskanzlers als Aktivposten eingebracht werden in die Neugestaltung unserer Beziehungen zu den slawischen und magyarischen Nachbarn.

Helmut Kohl hob die Bedeutung des Reformprozesses bei unseren östlichen Nachbarn hervor. Es liege im Interesse des vereinigten Deutschlands, aber auch ganz Europas, daß dieser Reformprozeß Erfolg habe.

Steuerliche Sonderregelung für Lebensversicherungen in den neuen Bundesländern

Zur steuerrechtlichen Förderung der privaten Altersvorsorge auf dem Gebiet der neuen Bundesländer erklärte der finanzpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Glos:

Um älteren Mitbürgern auf dem Gebiet der neuen Bundesländer den Aufbau einer privaten Altersvorsorge zu erleichtern, haben die Koalitionsfraktionen eine Gesetzesinitiative eingebracht, wonach Kapitallebensversicherungen auch dann steuerrechtlich gefördert werden, wenn die Mindestlaufzeit 12 Jahre unterschreitet (Erweiterung des Kultur- und Stiftungsförderungsgesetzes).

Nach geltendem Steuerrecht, das ab 1. 1. 1991 für ganz Deutschland anzuwenden ist, ist für die Inanspruchnahme der Steuervergünstigungen — Sonderausgabenabzug der Beiträge und Steuerfreiheit der Zinsen — eine Mindestlaufzeit von 12 Jahren erforderlich. Damit scheidet für ältere Steuerpflichtige mit Wohnsitz auf dem Gebiet der ehemaligen DDR der Abschluß eines steuerbegünstigten Lebensversicherungsvertrags praktisch aus.

Um dieses zu vermeiden, ist — befristet bis Ende 1996 — folgende Regelung vorgesehen: Hat ein Steuerpflichtiger mit ausschließlichem Wohnsitz in der ehemaligen DDR (Stichtag: 31. 12. 1990) zur Zeit des Vertragsabschlusses das 47. Lebensjahr vollendet, verkürzt sich bei laufender Beitragsleistung die Mindestvertragsdauer von 12 Jahren um die Zahl der angefangenen Lebensjahre, um die er älter als 47 Jahre ist, höchstens jedoch auf 6 Jahre. Das bedeutet, daß bei Mitbürgern in den neuen Bundesländern, die 53 Jahre oder älter sind, eine Mindestvertragsdauer von 6 Jahren ausreicht, um die Steuervergünstigungen zu erhalten.

Die Regelung gilt erstmals für Verträge, die nach dem 31. 12. 1990 abgeschlossen werden. Der federführende Finanzausschuß im Deutschen Bundestag wird den Gesetzentwurf am 24. 10. 1990 abschließend beraten. Die 2./3. Lesung im Plenum ist für Ende Oktober vorgesehen.

Damit leistet das Steuerrecht einen weiteren Beitrag zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Deutschland.

Ältestenrat gegen Fraktionsstatus der PDS-Abgeordneten

„Die von 24 durch die Volkskammer der ehemaligen DDR in den Deutschen Bundestag zugewählten Mitgliedern gewünschte Anerkennung als Fraktion wird abgelehnt.“ Mit dieser Beschlußempfehlung an den Bundestag hat der Ältestenrat eine Forderung der PDS-Abgeordneten abgelehnt.

Es muß endlich Schluß sein mit der Finanzierung von Mißbrauchsfällen

Der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, hat die SPD-regierten Bundesländer aufgefordert, sich endlich einen Ruck zu geben und einer längst überfälligen Ergänzung zum Art. 16 Abs. 2 Grundgesetz zuzustimmen. Jetzt sei von der SPD Mut zur Entscheidung und kein weiteres Finanzieren gefordert.

Eine Grundgesetzänderung ist erforderlich:

- wegen der dringend notwendigen Asylrechtsangleichung im Europa offener Grenzen,
- zum Abbau chancenloser Asylverfahren, die ohnehin nur Geld, Zeit und Nerven der Beteiligten kosten,
- zur Entlastung der Verwaltungsbehörden und -gerichte, die dadurch in stand gesetzt werden, wirklich politisch Verfolgten und Flüchtlingen auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention schneller Klarheit über ihr Aufenthaltsrecht zu verschaffen.

Derzeit muß die öffentliche Hand Jahr für Jahr ca. 4 Milliarden DM zur Bewältigung der Asylverfahren und zur Existenzsicherung Hunderttausender nicht berechtigter Asylbewerber aufwenden. Da nur 3,5 Prozent der Asylbewerber als politisch Verfolgte anerkannt werden und

höchstens 30 Prozent nach der Genfer Flüchtlingskonvention vor einer Abschiebung geschützt werden, sind rd. $\frac{2}{3}$ der Kosten in Höhe von ca. 4 Milliarden DM in den Sand gesetzt.

Diese Milliarden sollten wir besser dazu nutzen, die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern der Flüchtlinge so zu verbessern, daß den Fluchtgründen der Boden entzogen wird. Flüchtlinge müssen in die Lage versetzt werden, sich in ihrem Heimatland eigene Existenzen aufzubauen. Soweit dadurch Fluchtgründe entfallen, mindert sich automatisch der Asylbewerberzugang.

Bei einer wirksamen Konzentration auf politisch Verfolgte und auf Flüchtlinge nach der Genfer Flüchtlingskonvention könnten 2 Milliarden DM für einen Flüchtlingsfonds zur Bekämpfung der Fluchtgründe in den Heimatländern aufgewandt werden. Dies wäre humaner und sinnvoller als die derzeitige Finanzierung von Mißbrauchsfällen. Inhuman ist es insbesondere, Menschen zunächst in die Bundesrepublik Deutschland hineinzulassen, diese aber nach langen Prüfungsverfahren wieder zurückzuschicken.

Auch daher ist eine Ergänzung von Art. 16 Abs. 2 Satz 2 Grundgesetz eine Angleichung an das Asylrecht in Europa vorrangig geboten.

Neue Richterwahlausschüsse nötig

Die Richterwahlausschüsse in den fünf neuen Ländern müssen nach Ansicht des innenpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfrak-

tion, Gerster, neu gebildet werden. Auf Richter und Staatsanwälte, die bisher nicht überprüft werden konnten, müsse völlig verzichtet werden.

Hilfe bei Sanierung der Altstädte

Die Bundesregierung unterstützt massiv die Stadterneuerung in den neuen Bundesländern. Dies stellte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbauministerium, Jürgen Echternach, auf dem Fachkongreß „Zukunft Stadt“ der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dresden fest.

Rund 750 Millionen Mark der DDR seien sofort über 700 Städten und Dörfern zur Verfügung gestellt worden, die damit die dringlichsten Sicherungs- und Erhaltungsvorhaben unmittelbar in die Tat umsetzen konnten, sagte Staatssekretär Echternach. Finanzzuweisungen des Bundes an den DDR-Haushalt hätten in der zweiten Jahreshälfte dann die nötigen Anschlußfinanzierungen in Höhe von 475 Millionen DM ermöglicht. Auch für das kommende Jahr seien bereits 530 Millionen DM Verpflichtungsermächtigungen für die Stadt- und Dorferneuerung vorgesehen.

Die enormen Erneuerungsaufgaben seien jedoch nicht nur aus Steuermitteln zu bewältigen. Man brauche sowohl den privaten Investor wie auch eine breite

Schicht leistungsfähiger mittelständischer Unternehmen.

Staatssekretär Echternach: Wenn die Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern die Chance zu einer behutsamen, geschichtsbewußten Stadterneuerung nutzen, können sie in 20 Jahren attraktiver sein als vergleichbare Standorte im Westen.

Die Tatsache, daß die Städte und Gemeinden im Osten am wirtschaftlichen Aufschwung des Westens zwangsweise nicht teilgenommen haben, könne sich langfristig durchaus als Vorteil erweisen. Ihnen seien Fehlentwicklungen und Monströsitäten erspart geblieben; sie könnten für ihre Erneuerung die Erfahrung einsetzen, die die Gemeinden im Westen in 40 Jahren erarbeitet und z.T. mit hohem Lehrgeld erkaufte hätten; sie könnten bei der Erneuerung ihrer Infrastruktur sofort die beste verfügbare Technologie einsetzen.

Außerdem verfügten die neuen Länder mit dem Einigungsvertrag über ein komplettes und modernes Städtebaurecht, das einen ausgewogenen Ausgleich zwischen Bewahren und Ergänzen ermögliche.

SPD hält am Sozialismus fest

Nach SPD-Chef Vogel hat nunmehr auch die Wahlkampfleitung von Oskar Lafontaine sich öffentlich zum Festhalten am „Demokratischen Sozialismus“ bekannt. Gleichzeitig soll die „wirtschaftspolitische Kompetenz“ der SPD stärker herausgestellt werden.

Matthias Wissmann, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion: Dies ist jedoch ein unüberbrückbarer Widerspruch.

„Demokratischer Sozialismus“ und „wirtschaftspolitische Kompetenz“ verhalten sich zueinander wie Feuer und Wasser. Dies ist durch das ökologische und ökonomische Totalversagen sämtlicher Spielarten des Sozialismus weltweit eindrucksvoll vor Augen geführt worden.

Baugesetzbuch leichtgemacht

Bundesbauministerin Gerda Hasselheldt hat den gemeinsamen Einföhrungserlaß der Landessprecher zum Baugesetzbuch vorgestellt. Der Erlaß erläutert den Städten und Gemeinden in den neuen Ländern die Grundlagen des Städtebaurechts sowie die zur Bewältigung der aktuellen städtebaulichen Probleme zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente des Baugesetzbuchs.

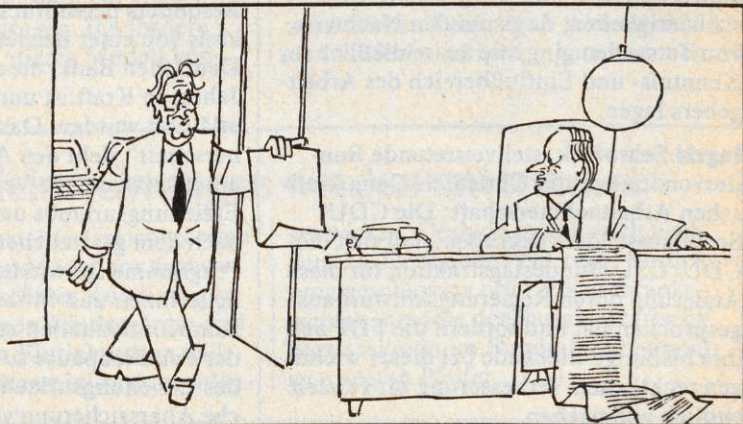
Bundesministerin Hasselheldt: Der gemeinsame Einföhrungserlaß, der jetzt sofort allen Gemeinden in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zur Verfügung gestellt werden wird, ist ein Beispiel für gemeinschaftliche praktische Verwaltungshilfe. Der vom Bundesbauministerium in Zusammenarbeit mit Ländersbauministern und den kommunalen Spitzenverbänden vorbereitete Erlaß liefert eine Vielzahl praktischer Handlungsanweisungen. Zahlreiche Muster für gemeindliche Beschlüsse und Satzungen werden die Anwendung des Baugesetzbuchs erheblich erleichtern. Das seit dem 3. Oktober auch in den

neuen Bundesländern geltende Baugesetzbuch regelt die wichtigsten Anforderungen an bauliche Investitionen. Zugleich enthält es die Instrumente für eine geordnete städtebauliche Entwicklung. Den Grundstückseigentümern werden Baurechte gewährt, den Städten und Gemeinden werden die notwendigen Instrumente an die Hand gegeben, um im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung die städtebauliche Entwicklung und Ordnung des Gemeindegebiets zu lenken.

Aufgaben zügig angehen

Ein neu eingefügter § 246 a, darauf wies die Bundesbauministerin ausdrücklich hin, fasse die Sonderregelungen zusammen, die Städte und Gemeinden benötigen, um die umfangreichen städtebaulichen Aufgaben zügig und erfolgreich anzugehen. Insgesamt seien vielfältige Erleichterungen für die Gemeinden der neuen Länder bei der Anwendung des Baugesetzbuchs vorgesehen. Beispielsweise ermögliche der Vorhaben- und Erschließungsplan bei entsprechender Dringlichkeit bauliche Investitionen auch ohne Aufstellung eines Bebauungsplanes.

„Oskar, die neuesten demoskopischen Daten! Fordere getrost munter drauflos, es besteht kaum Gefahr, daß wir es hinterher bezahlen müssen!“



Karikatur: Wolter
aus:
Kölnische Rundschau

Gleichstellung von Frauen am Arbeitsplatz

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Verbesserung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz“ ist ein wichtiger Schritt für die Gleichstellung der Frauen im Beruf. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktsituation im Osten Deutschlands gewinnt die vorge-sehene gesetzliche Regelung neue Bedeutung.

Sie ist geeignet, Entlassungen von Frauen vorzubeugen. Bei der Benachteiligung einer Arbeitnehmerin wegen ihres Geschlechtes muß künftig die Umkehrung, mindestens aber die Erleichterung der Beweislast gelten. Nicht die Beschäftigte soll Benachteiligung nachweisen müssen, sondern der Arbeitgeber das Gegenteil. Gelingt ihm dies nicht, ist von einer Diskriminierung auszugehen.

Die derzeitige Regelung schreibt demgegenüber vor, daß die Arbeitnehmerin die Tatsachen für ihre Diskriminierung glaubhaft machen muß. Dies brachte in vielen Fällen unüberwindliche Beweisschwierigkeiten, da es um den Nachweis von Tatsachen ging, die ausschließlich im Kenntnis- und Einflußbereich des Arbeitgebers lagen.

Ingrid Sehrbrock, stellvertretende Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft: Die CDU-Sozialausschüsse begrüßen, daß sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für diese Änderung durch Regierungsentwurf ausgesprochen hat und fordern die FDP auf, ihre bisherige Blockade bei dieser wichtigen rechtlichen Verbesserung für Frauen endlich aufzugeben.

Für eine familienfreundliche Arbeitswelt

Nach einem Gespräch des Arbeitskreises „Familienfreundliche Arbeitswelt“, in dem Mitglieder der Frauen-Union der CDU und des Wirtschaftsrates der CDU e. V. mitwirken, erklärten die stellvertretende Vorsitzende der Frauen-Union, Roswitha Verhülsdonk, und das Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrates der CDU e. V., Dr. Alexander Warrikoff:

Immer mehr Wirtschaftsunternehmen erkennen die Notwendigkeit, mehr Frauen für Führungspositionen zu gewinnen und zu halten. Im Wettbewerb um den knapper werdenden hochqualifizierten Führungsnachwuchs gewinnt die Sensibilität für die Situation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter als Mütter und Väter für die Personalplanung der Unternehmen zunehmend an Bedeutung. Das ist der Hintergrund für Betriebsvereinbarungen, die es Frauen und Männern ermöglichen sollen, Beruf und Familie zu vereinbaren, ohne auf eine betriebliche Karriere verzichten zu müssen.

Besonders beeindruckt war der Arbeitskreis von einer Betriebsvereinbarung der Deutschen Bank, die seit April dieses Jahres in Kraft ist und deren Wirkungen erläutert wurden. Das Programm „Partnerschaft“ sieht den Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen, die Verlängerung des Erziehungsurlaubs um ein halbes Jahr nach dem gesetzlichen Erziehungsurlaub, Programme für wiedereingestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Angebote zum Kontakthalten zum Beruf während der Familienpause sowie die Anrechnung des Erziehungsurlaubs auf die betriebliche Alterssicherung vor.

Für eine Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenkasse

Zur Diskussion um die Einführung einer eigenständigen Versicherung bei Pflegebedürftigkeit erklärt der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Otto Zink:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion unterstützt Bundesarbeitsminister Norbert Blüm bei dessen Bemühungen um eine Lösung der Pflegeproblematik. Das Thema Pflege ist die große sozialpolitische Aufgabe und Herausforderung der kommenden Legislaturperiode. Norbert Blüm hat mit der Gesundheitsreform wichtige Hilfen für die Schwerpflegebedürftigen durchgesetzt. Das war ein erster großer Schritt, dem in der kommenden Legislaturperiode weitere folgen müssen.

Ich unterstütze nachdrücklich Blüms Forderungen nach einer Pflegeversicherung unter dem Dach der Krankenkasse. Darüber hinaus müßten die Länder und der Bund ihren Beitrag zu einer besseren Absicherung der Pflege leisten.

Mit seinem Vorschlag zur Absicherung des Pflegerisikos hat Blüm ein konsensfähiges Modell vorgetragen. Ich fordere alle Beteiligten auf, dieses Modell kon-

struktiv zu diskutieren. Maßstab kann nur sein, wie den Betroffenen am wirksamsten geholfen werden kann.

Die Kritik von Rudolf Dreßler an Norbert Blüm weise ich entschieden zurück. In Sachen Pflege sollte sich die SPD mit vollmundigen Erklärungen und Ankündigungen zurückhalten. Als mit der Gesundheitsreform über neue Leistungen für Schwerpflegebedürftige entschieden wurde, hat sich die SPD mit ihrem Nein zum parlamentarischen Anwalt von Ärzten, Zahnärzten und Pharmaindustrie gemacht und so die Schwerpflegebedürftigen schmachlich im Stich gelassen. Im übrigen ist es der SPD in den 13 Jahren ihrer Regierungsverantwortung — auch Rudolf Dreßler in der Zeit seiner Tätigkeit als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium — nicht gelungen, zur Lösung der Pflegeproblematik auch nur einen einzigen Schritt nach vorne zu tun.

Ich fordere die SPD auf, in den Ländern und Kommunen, in denen sie die politische Verantwortung trägt, dafür zu sorgen, daß die ab 1. Januar 1991 gewährten zusätzlichen Leistungen auch tatsächlich den Hilfebedürftigen zugute kommen. ■

Sozialeinrichtungen werden unterstützt

Der wegen finanzieller Unsicherheiten in den neuen Bundesländern drohenden Gefahr pauschaler Kündigungen von Mitarbeitern in Kindergärten und anderen sozialen Einrichtungen will das Bundesfamilienministerium entgegen-

wirken. Deshalb müsse auch nach dem 31. Dezember 1990 keine Einrichtung geschlossen oder eingeschränkt werden, betonte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Anton Pfeifer.

Kindergeld in den neuen Bundesländern

Nach dem Einigungsvertrag gilt das Bundeskindergeldgesetz vom 1. Januar 1991 an auch im Gebiet der neuen Bundesländer. Dort werden die Eltern von etwa vier Millionen Kindern kindergeldberechtigt sein und zunächst insgesamt jährlich etwa fünf bis sechs Mrd. DM Kindergeld erhalten. Zuständig für die Durchführung des Gesetzes sind wie im sonstigen Bundesgebiet auch dort

- für Angehörige des öffentlichen Dienstes deren Arbeitgeber,
- für alle anderen Berechtigten die Kindergeldkassen bei den Arbeitsämtern.

Die Bundesanstalt für Arbeit — Kindergeldkasse — wird allen im Gebiet der früheren DDR wohnenden Eltern von minderjährigen Kindern Antragsunterlagen mit einem ausführlichen Merkblatt zuzusenden. Den Eltern wird so auf einfache Weise ermöglicht, sich über ihre Ansprüche zu informieren und den in jedem Fall erforderlichen Kindergeldantrag zu stellen.

Der Versand der Antragsunterlagen erfolgt entsprechend der alphabetischen Reihenfolge der Familiennamen. Er beginnt Mitte Oktober und wird bis Ende November 1990 dauern.

15 Prozent höhere Sozialrenten

Die Sozialrenten in den neuen Bundesländern werden zum 1. Januar 1991 um 15 Prozent erhöht. Die Erhöhung gilt für die Renten aus der Pflichtversicherung und aus der freiwilligen Zusatzrentenversicherung sowie für Unfall- und für Kriegssopferrenten.

Diese Rentenerhöhung ergibt sich aus der guten Entwicklung der beitragspflichtigen Löhne und Gehälter im beigetretenen Gebiet. Sie ist auch finanziell abgesichert, weil die Beitrageingänge entsprechend steigen und weil abzusehen ist, daß auch das in der Vergangenheit schleppende Verfahren der Abführung der Beiträge zunehmend in Ordnung gebracht wird.

Horst Günther, sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die Koalition von CDU/CSU und FDP beweist einmal mehr die Solidität ihrer Rentenpolitik. Die SPD verbreitet Horrorgeschichten über angeblich riesige Finanzlücken in der Sozialversicherung und stellt gleichzeitig Schau-Anträge, wie den der 10prozentigen Rentenerhöhung zum 1. Dezember 1990. Sie bewegt sich aber offenbar stets auf ganz unsicheren finanziellen Annahmen. Die SPD verunsichert die Menschen mit ihren Wechselbädern. Die Koalition setzt demgegenüber positive und verlässliche Eckpfeiler.

Geringere Steuerbelastung für Familien

Zu Beginn der neuen Legislaturperiode wird es nach den Worten von Bundesfinanzminister Waigel eine deutliche steuerliche Entlastung für Familien geben. Schon im nächsten Jahr würden etwa 35 Millionen Lohn- und Einkommensteuerzahler wegen

der Anhebung des Grundfreibetrags der Familienbesteuerung mit niedrigeren Steuerlasten rechnen können. Die Gesamtentlastung werde fünf bis sechs Milliarden Mark betragen. Der Freibetrag werden von derzeit 5 616 Mark auf etwa 8 000 Mark erhöht.

Subventionsabbau darf nicht zu Lasten der Bauern gehen

Zum Ausgleich von Einkommenseinbußen der Landwirte beim Abbau von Agrarsubventionen erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Ernährungsausschusses, Richard Bayha:

Die Bundesregierung hat ein klares Zeichen für die weiteren GATT-Verhandlungen gesetzt: Die Einkommenseinbußen, die beim Abbau von Agrarsubventionen entstehen, müssen ausgeglichen werden. Dazu muß die EG-Kommission konkrete Zusagen vorlegen. Das ist eine gute Nachricht für die deutschen Landwirte. Denn ein Subventionsabbau darf nicht zu Lasten der Bauern gehen.

Überschüsse weiter abbauen

Doch damit sind nicht alle Probleme gelöst. Um die Agrarmärkte zu stabilisieren, müssen die Überschüsse, vor allem im Getreidebereich, weiter abgebaut werden.

Noch immer werden die mengenbegrenzenden Maßnahmen zum Abbau der EG-Agrarüberschüsse von den Mitgliedstaaten aber nur ungleichgewichtig umgesetzt. Von den ca. 620.000 ha stillgelegter Fläche in der EG entfallen allein rund 225.000 ha auf das ehemalige bundesdeutsche Gebiet. Damit haben die westdeutschen Bauern fast 5 Prozent ihrer Getreidefläche aus der Produktion genommen. Auch für die neuen Bundesländer ist schon die Stilllegung von knapp 20 Prozent der Getreide- und Kartoffelanbaufläche in Angriff genommen worden. In Frankreich beträgt der Prozentsatz nur 0,6 Prozent, in Großbritannien lediglich 2,9 Prozent.

Die deutschen Landwirte sind damit Vorreiter bei der Flächenstilllegung, während ihre Berufskollegen in den anderen EG-Mitgliedstaaten einfach weiterproduzieren. Diese einseitige Stilllegungspraxis ist den deutschen Landwirten nicht länger zuzumuten.

Die Bundesregierung wird sich daher verstärkt dafür einsetzen, daß Landwirte, die sich an Flächenstilllegung und Extensivierung beteiligen, von der Mitverantwortungsabgabe für Getreide befreit und dadurch stärker finanziell entlastet werden.

Die Bundesregierung hat schon wiederholt die konsequente Umsetzung der marktentlastenden Maßnahmen bei der EG-Kommission angemahnt. Denn eins ist klar: Eine spürbare Entlastung auf den Getreidemärkten und bessere Erzeugerpreise wird es erst dann geben, wenn alle EG-Länder die mengenbegrenzenden Maßnahmen konsequent und gleichwertig umsetzen.

Verursacherprinzip stärken

Sollten auch in Zukunft die vielfältigen Appelle der Bundesregierung erfolglos bleiben, muß das Verursacherprinzip stärker zur Geltung kommen. Wer von den Mitgliedstaaten seinen Verpflichtungen nicht nachkommt und nicht genügend zum Überschussabbau beiträgt, muß zur Kasse gebeten werden und die finanziellen Konsequenzen tragen. Auf dem Milchsektor konnte ein Zusammenbruch des Marktes auch nur deshalb verhindert werden, weil die Mitgliedstaaten durch nationale Quotenzuteilung zur Verantwortung gezogen wurden. ■

Weniger Flüge, leisere Flugzeuge

— Zivile Fluglärmbekämpfung muß jetzt verstärkt werden —

Zur Vorstellung des Beschlusses „Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung durch Luftfahrzeuge“ des Bundesfachausschusses „Umweltpolitik“ erklärte der Vorsitzende, Kurt-Dieter Grill:

Jeder zweite Bundesbürger klagt nach Untersuchungen des Frankfurter Batelle-Institutes über Belästigungen durch Fluglärm. Zwar wurden bereits Verbesserungen erreicht: Das Verbot der Tiefflüge unter 300 m durch die Regierung Helmut Kohl bedeutet weniger Lärmbelastung für alle Bürger in Tieffluggebieten.

Immer noch zuviel Lärm

Das allein reicht jedoch nicht aus. Nach wie vor geht von der zivilen Luftfahrt zuviel Lärm aus. Zwar werden inzwischen zunehmend Maschinen mit leiseren Triebwerken eingesetzt; dieser positive Effekt wird aber durch die höhere Anzahl von Flügen wieder zunichte gemacht. Der Frankfurter Flughafen meldete z. B. 1989 mit über 325.000 Flugbewegungen einen neuen Rekord.

Wir brauchen daher: weniger Flüge, leisere Flugzeuge und einen besseren Fluglärmschutz.

● In erster Linie fordert die CDU eine vermehrte Ersetzung der Kurzstreckenflüge (z. B. unter 400 km Streckenlänge) durch attraktive Alternativangebote in Form von umweltgerechteren, spurgeführten Verkehrsmitteln wie beispielsweise IC, ICE und Transrapid.

Die Konstruktion leiserer Flugzeuge ist gleichfalls eine wirksame Maßnahme zur Fluglärmbekämpfung:

● Die CDU fordert die Herabsetzung der Zulassungsgrenzwerte für Lärmemissionen von Flugzeugen durch eine Verschärfung der internationalen Vereinbarungen. Heute sind zwar für alle zehn zivilen und 35 militärischen Flugplätze, die unter den Geltungsbereich des Fluglärmgesetzes fallen, Lärmschutzbereiche festgesetzt. Nach geltendem Recht bestehen Entschädigungsansprüche für bauliche Schallschutzmaßnahmen an Wohnungen jedoch nur dann, wenn die Grundstücke in der besonders eng um den Flugplatz gezogenen „Schutzzone 1“ liegen.

● Da aber auch innerhalb der „Schutzzone 2“ noch eine erhebliche Lärmbelastung auftritt, fordert die CDU auch dort — entsprechend den haushaltsmäßigen Möglichkeiten — eine abgestufte Erstattung der Aufwendungen für nachträgliche, bauliche Schallschutzmaßnahmen zumindest an Wohngebäuden.

Der vollständige Wortlaut des Beschlusses „Maßnahmen zur Verringerung der Lärmbelastung durch Luftfahrzeuge“ kann in der Bundesgeschäftsstelle bezogen werden.

Telefon (02 28) 54 45 31.

Der Kampf gegen den von der zivilen Luftfahrt ausgehenden Fluglärm muß fortgesetzt werden. Maßnahmen zur Flugverkehrsvermeidung und Maßnahmen an der Lärmquelle „Luftfahrzeug“ müssen dabei Vorrang haben vor immisionsmindernden Schallschutzmaßnahmen.

**Für den Bundestags-
Wahlkampf '90**

**Für Ihren
Informationsstand**

- **Canvassing-Stand**
Bestell-Nr.: 0994
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 182,— DM
- **Sonnenschirm (ohne Fuß)**
Bestell-Nr.: 0458
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 75,— DM
- **Fuß für Sonnenschirm**
Bestell-Nr.: 0459
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 12,80 DM
- **Aufkleber: „CDU“ für
Canvassing-Stand, 78 x 42 cm**
Bestell-Nr.: 0546
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 37,— DM
- **Papiertragetasche: „CDU“**
Bestell-Nr.: 9056
Mindestabnahme: 250 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 29,— DM

**Für Ihre
Veranstaltungen**

- **CDU-Fahne (2 x 3 m)**
Bestell-Nr.: 0414
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 62,— DM

- **Ordner-Armbinden, weiß,
mit Aufdruck „Ordner“**
Bestell-Nr.: 0301
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 32,— DM
- **PVC-Hinweisschild,
18 x 38 cm**
Bestell-Nr.: 0542
Mindestabnahme: 10 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM
- **Informationsmappen**
Bestell-Nr.: 0398
Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 35,— DM
- **Tischdeckenfolie mit CDU-
Aufdruck, 50 m x 90 cm**
Bestell-Nr.: 9059
Mindestabnahme: 1 Rolle
Preis pro Verpackungseinheit: 30,— DM
- **Getränkebecher**
Bestell-Nr.: 9922
Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 13,— DM
- **Bierdeckel**
Bestell-Nr.: 9292
Mindestabnahme: 600 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 21,— DM
- **Tischständer
mit CDU-Fähnchen**
Bestell-Nr.: 9355
Mindestabnahme: 1 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 12,50 DM
- **Rahmenflugblatt DIN A4:
„CDU“**
Bestell-Nr.: 1885
Mindestabnahme: 1000 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 36,— DM

● **Rahmenplakat DIN A0:
„CDU – Die Zukunft“**

Bestell-Nr.: 8000
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 46,— DM

● **Rahmenplakat DIN A1:
„CDU“**

Bestell-Nr.: 8001
Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis pro Verpackungseinheit: 26,— DM

Aufkleber

● **„Wir sind ein Volk – CDU“**

Bestell-Nr.: 9210
Mindestabnahme: 200 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 20,— DM

● **Erkennungszeichen
(Postkarte)**

Bestell-Nr.: 9528
Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 12,— DM

● **„Touch the future“,
Die Jungen in der Union**

Bestell-Nr.: 9339
Mindestabnahme: 100 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 12,— DM

● **Frauen-Union**

Bestell-Nr.: 9081
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **„Ohne Frauen
ist kein Staat zu machen“**

Bestell-Nr.: 9249
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **„Kleine Hände“**

Bestell-Nr.: 9294
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

● **Senioren-Union**

Bestell-Nr.: 9080
Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Verpackungseinheit: 15,— DM

Neu im Angebot:

● **„Einigungsvertrag von A-Z“**



Bestell-Nr.:
5349
Verpackungseinheit:
50 Expl.
Preis je
Einheit:
18,— DM

● **„Fakten, die für sich sprechen“**



Bestell-Nr.:
5316
Verpackungseinheit:
50 Expl.
Preis je
Einheit:
18,— DM



Unentbehrlich: Canvassing-Stand (Bestell-Nr.: 0994)



Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1328
4804 Versmold



Die CDU-Fahne: (Bestell-Nr.: 0414)

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
5300 BONN 1

**Damit unsere guten
Argumente auch gut
zur Wirkung kommen**

In einem sog. „Display“-Koffer gut untergebracht, bieten wir Ihnen für die Präsentation vor allem unserer Faltposter ein „Regal“ an, das sich mit Leichtigkeit überall aufbauen läßt.

Sie können es über die
CDU-Bundesgeschäftsstelle bestellen:

Tel.: (02 28) 54 43 84

Fax : (02 28) 54 43 72

Preis: 96,40 DM

plus Porto und MwSt.



UID

34/90

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 23 40 91, Telefax (02 28) 23 40 93. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 544-421. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lütjhe. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis** 1,20 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.